

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 10/020/2014

Kreistag am 20.10.2014

Zu Punkt 8.2: Resolution gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 13.10.2014

KA Köster erläutert den Antrag seiner Fraktion und stellt fest, dass auch der Kreis Mettmann nach einer Unterzeichnung der Freihandelsabkommen betroffen wäre.

KA Schulte macht deutlich, dass eine pauschale Ablehnung von Freihandelsabkommen dem Kreistag nicht zustehe und schlägt vor, sich auf die Bereiche zu beschränken, die den Kreis auch tangieren (Daseinsvorsorge).

KA Dr. Ibold berichtet, dass auch seine Fraktion überlegt hatte, einen eigenen Antrag einzubringen. Er schlägt vor, dass sich eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe mit der Thematik befasst und versucht, einen konsensualen Resolutionstext zu entwerfen. Seiner Fraktion fehlt im vorliegenden Antrag der kommunale Bezug. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze die Tendenz des Antrages der Fraktion DIE LINKE., allerdings mit den Änderungen der SPD-Fraktion. Ein möglicher gemeinsamer Resolutionsentwurf könne in die Sitzung des Kreistages im Dezember 2014 eingebracht werden.

KA Völker regt an, das sich der Kreistag das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (**Anlage 3**) zu eigen macht und als Basis einer Resolution verwendet. So entstünde kein zusätzliches Papier, sondern eine fachliche Position würde unterstützt.

Diesen Vorschlag greifen die übrigen Fraktionen gerne auf. KA K. Müller stellt jedoch klar, dass sich seine Fraktion nicht generell gegen Freihandelsabkommen ausspricht.

KA Dr. Ibold hält es für wenig sachdienlich, wenn in dieser Fragestellung Fraktionen eigene Belange in den Vordergrund stellen, da es um den Erhalt sozialer Standards und Umweltstandards gehe.

Nach abschließender Diskussion macht Landrat Hendele deutlich, dass die generelle Ablehnung von Freihandelsabkommen der falsche Weg sei. Er schlägt vor, das von KA Völker angesprochene gemeinsame Papier als Basis einer Resolution in die Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages im Dezember 2014 einzubringen und erneut zu beraten.

Dem stimmt der Kreistag einstimmig zu.